



Gemeinsame Resolution der Raunheimer Fraktionen zum Erhalt des „Stadtradelns“ in Hessen

Präambel

„STADTRADELN ist eine internationale Kampagne des Klima-Bündnisses, die seit vielen Jahren Kommunen dabei unterstützt, das Radfahren im Alltag zu fördern. Ziel ist es, innerhalb eines dreiwöchigen Aktionszeitraums, Menschen zum Radfahren zu motivieren, Aufmerksamkeit für den Radverkehr zu schaffen und zugleich wertvolle Daten für eine datenbasierte Radverkehrsplanung zu generieren.“ so steht es auf der Seite „**Sportland Hessen**“ für die das Hessische Ministerium für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege die inhaltliche Verantwortung hat.

In den vergangenen Jahren hat sich gezeigt, dass das **STADTRADELN** ein außerordentlich erfolgreiches Projekt ist, durch das Menschen zum Radfahren motiviert werden. Dies dient dem Klimaschutz und wirkt sich zudem positiv auf die Gesundheit der hessischen Bürgerinnen und Bürger aus.

Darüber hinaus trägt das **STADTRADELN** zu einer umweltfreundlichen Mobilität bei.

Alleine in Raunheim wurden vom 03. bis 23. Mai 2026 von 145 aktiven Radlern in 12 Teams 37.017 Kilometer geradelt. Dabei wurden rechnerisch rund 6 Tonnen CO₂ vermieden.

Für den Landkreis Groß-Gerau waren 5.610 aktive Radler in 262 Teams unterwegs. Hier wurden 832.248 Kilometer gefahren und somit rechnerisch 136 Tonnen CO₂ vermieden.

Die bisherige Unterstützung durch das Land Hessen war dabei eine wesentliche Grundlage.

Sollte die finanzielle Förderung ab 2027 entfallen, besteht die Gefahr, dass zahlreiche Städte und Gemeinden – insbesondere aufgrund ihrer mehr als angespannten Haushaltslage – künftig nicht mehr am STADTRADELN teilnehmen können.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Raunheim fordert daher die Hessische Landesregierung und den Hessischen Landtag auf, die finanzielle Förderung des STADTRADELNS für die Hessischen Kommunen auch über das Jahr 2026 hinaus

sicherzustellen und somit allen interessierten Städten, Gemeinden, Landkreisen und Regionen eine weiterhin unkomplizierte Teilnahme zu ermöglichen.

Der Magistrat wird beauftragt, diesen Beschluss an die Hessische Landesregierung und den Hessischen Landtag zu übermitteln.

Im Namen der Fraktionen von B90/DieGrünen, SPD, CDU, WsR und UMMA

Volker Schalle Giorgio Nasseh Stefan Teppich Mohammed Ghazi Danial Quyyum